

Innenpolitik 2017/2018

Christian G. Winkler

Domestic Politics 2017/18

This chapter summarizes major developments in Japanese domestic politics from September 2017 through to August 2018. During this period, Prime Minister Abe dissolved the Lower House to call a snap election, which led to the third straight LDP victory in the Lower House elections since 2012. This victory, just like the election outcomes in 2012 and 2014, was less the result of high approval ratings than a, yet again, divided opposition. The largest opposition party had split right before the election, with the aim of creating a competitor for the LDP, led by Ms. Koike. This strategy, however, failed to produce the desired results from the perspective of the opposition parties. After introducing this new party landscape, this chapter will also examine some important legislative initiatives and developments in the Kake and Moritomo scandals.

1 Unterhauswahl 2017

Premierminister Shinzō Abe löste das Unterhaus des japanischen Parlaments Ende September 2017 auf und setzte Neuwahlen für den 22. Oktober an. Die offizielle Begründung für die Neuwahl war eine Abstimmung über die Nordkorea-Politik der japanischen Regierung sowie die Änderung des Verwendungszweckes der Mehreinnahmen aus der für Oktober 2019 geplanten Mehrwertsteuer-Erhöhung. Aus Sicht der Liberaldemokratischen Partei (LDP) erwies sich das Timing wie bereits bei den vorhergegangenen Unterhauswahlen als günstig: Zum einen zeigten die Umfragewerte für Abes Kabinett nach Monaten der Kritik im Zusammenhang mit den Kake- und Moritomo-Skandalen wieder nach oben. Zum anderen erwischte die Regierungskoalition die Oppositionsparteien auf

dem falschen Fuß und konnte so erneut einen ungefährdeten Sieg einfahren (AS 23.10.2017; YS 18.09.2017). Den Wahlsieg verdankte die LDP allerdings wie bei fast jeder nationalen Wahl seit 2012 weniger der eigenen Beliebtheit als vielmehr dem Wahlsystem und der Opposition. Die Partei von Premierminister Abe erhielt 48 % der Stimmen in den 289 Einzelwahlkreisen, gewann allerdings 75 % der Sitze (218) (AS 24.10.2017). Wie bereits in den vorhergegangenen Wahlen hatte eine zersplitterte und uneinige Opposition in den Einzelwahlkreisen, die große Parteien bevorzugten, kaum Chancen.

Kritik erntete die Regierung vor allem für die Entscheidung, über drei Monate vor der Wahl keine außerordentliche Plenarsitzung zuzulassen, um der Opposition keine Möglichkeit zu geben, weiter kritische Frage in Sachen Kake und Moritomo zu stellen (siehe hierzu Abschnitt 4). Als er die Sondersitzung des Unterhauses einberief, kündigte Premierminister Abe in seiner Regierungserklärung die Auflösung des Unterhauses und somit Neuwahlen an (MS 26.09.2017).

Daraufhin schockte der damals frisch gewählte Vorsitzende der Demokratischen Partei Seiji Maehara Freund und Feind mit einem waghalsigen Manöver: Er wollte die Popularität der 2016 zur Gouverneurin von Tōkyō gewählten Yuriko Koike nutzen, um die LDP zu besiegen. Zwischenzeitlich schien es, als ob der Name der von Koikes Vertrautem Masaru Wakasa gegründeten Partei der Hoffnung (Kibō no Tō) Realität werden könnte und die Opposition die LDP, wenn nicht in Bedrängnis, dann zumindest unter Druck setzen könnte (siehe hierzu Abschnitt 2).

Bei den Wahlen Ende Oktober konnten die Regierungsparteien ihre absolute Mehrheit jedoch verteidigen. Koikes Entscheidung, den linken Flügel der Demokratischen Partei als unerwünscht abzustempeln, wurde schnell zu einer Hypothek. Ihre Äußerung war aber bei weitem nicht der einzige Grund für die herbe Niederlage der Partei, die lediglich drittstärkste Kraft im Unterhaus wurde. Wie bereits eingangs erwähnt, hatte die LDP die Opposition erneut auf dem falschen Fuß erwischt. Koike stand ohne Kandidaten, Parteispenden und landesweites Unterstützernetzwerk da. Die Demokratische Partei unter Maehara war die einzig realistische Möglichkeit, kurzfristig an diese essentiellen Komponenten eines Wahlerfolges zu gelangen.

Der Plan hinter dieser plötzlichen Zweckehe ging nicht auf, weil die Opposition nach der Gründung der Partei der Hoffnung noch tiefer gespalten war als zuvor. In 177 der 289 wahlentscheidenden Einzelwahlkreise standen Kandidaten der Regierungskoalition Oppositionskandidaten aus zwei verschiedenen Lagern gegenüber. In 51 Wahlkreisen traten sogar mehr als drei Oppositionskandidaten gegen einen Kandidaten der Koalitionsparteien an. Wie sich zeigte, hätte eine geeinte Opposi-

tion in mindestens 84 dieser Einzelwahlkreise erfolgreich sein können (MS 24.10.2017; YS 23.10.2017).

Somit hatte die LDP wie bereits bei den Unterhauswahlen 2012 und 2014 leichtes Spiel. Sie gewann 284 Abgeordnetenmandate, ihr Koalitionspartner Kōmeitō (Partei für eine saubere Regierung) kam auf 29 (vgl. Tabelle 1). Somit konnten die Koalitionsparteien ihre Zweidrittelmehrheit im Unterhaus verteidigen (MS 23.10.2017b). Die Kōmeitō musste dabei allerdings Federn lassen. Nachdem alle Kandidaten auf ein Direktmandat bei den vergangenen Unterhauswahlen erfolgreich waren, verlor die Partei ein Direktmandat im Wahlkreis Kanagawa 6 sowie fünf weitere Sitze. Kritiker innerhalb der buddhistischen Laienorganisation Sōka Gakkai, der wichtigsten Unterstützerorganisation der Partei, kritisierten die zu enge Bindung von Parteichef Yamaguchi an Premierminister Abe und die LDP. Die Partei sei ihrer Rolle als Bremse gegenüber der LDP unter Abe nicht gerecht geworden. Enttäuschte Wähler hatten ihre Stimme daraufhin der Konstitutionell-Demokratischen Partei (Rikken Minshutō, KDP) gegeben (AS 31.10.2017).

Tabelle 1: Ergebnis der Unterhauswahlen 2012, 2014 und 2017 im Vergleich

Partei	2012	2014	2017
Liberaldemokratische Partei (LDP)	293	290	284
Demokratische Partei Japan (DPJ)	62	73	–
Konstitutionell-Demokratische Partei (KDP)	–	–	55
Partei der Hoffnung (Kibō no Tō)	–	–	50
Japan Innovationspartei (JIP)	42	41	11
Partei für zukünftige Generationen (PFG)	19	2	–
Kōmeitō	31	35	29
Kommunistische Partei Japans (KPJ)	8	21	12
Sozialdemokratische Partei (SDP)	2	2	2
People's Life First (PLF)	5	2	–
Unabhängig	17	9	22
Gesamt	479	475	465

Quelle: AS (23.10.2017) und Winkler (2015: 32).

Auf Seiten der Oppositionsparteien konnte lediglich eben jene von Yukio Edano gegründete Konstitutionell-Demokratische Partei (KDP) die Wahl als Erfolg für sich verbuchen: Aus dem Stand konnte sie die Zahl ihrer Sitze im Unterhaus (von 15 auf 55) mehr als verdreifachen. Die Partei der Hoffnung verlor ebenso Sitze (von 57 auf 50) wie die Kommunistische Partei Japans (KPJ); von 21 auf 12) und die Japa-

nische Innovationspartei (JIP; *Nippon Ishin no Kai*; von 14 auf 11 Sitze). Bei letzterer machte sich der Rücktritt des bekannten und wortgewaltigen Parteigründers Tōru Hashimoto bemerkbar. Trotz einer Kooperation mit der Partei der Hoffnung gelang es der JIP, selbst in ihrer Hochburg Ōsaka lediglich drei Direktmandate einzufahren. In 12 weiteren Wahlkreisen unterlagen JIP-Kandidaten der politischen Konkurrenz. Die sozialdemokratische Partei (SDP) verteidigte ihre beiden Sitze (AS 23.10.2017; YS 24.10.2017).

2 Die Parteien

2.1 Die Liberaldemokratische Partei (LDP)

Trotz der Langlebigkeit der Affären um die Moritomo Gakuen Schule in Ōsaka sowie die Genehmigung des Aufbaus einer veterinärmedizinischen Fakultät an der zum Kake Gakuen Konzern gehörenden Naturwissenschaftlichen Universität Okayama sitzt Shinzō Abe sowohl als Premier Minister als auch als LDP-Parteivorsitzender weiterhin fest im Sattel. Nachdem Abe erst im August 2017 sein Kabinett umgebildet hatte, sah er keinen Anlass zu personellen Veränderungen nach der Unterhauswahl im Oktober 2017 (siehe hierzu auch Abschnitt 3).

Bei der kommenden Wahl zum LDP-Parteivorsitzenden wird Abe erneut gegen einen alten Bekannten antreten: Der ehemalige LDP-Generalsekretär und Verteidigungsminister Shigeru Ishiba, der, bei der vorletzten Wahl im Jahre 2012 im ersten Wahlgang an erster Stelle liegend, im zweiten Wahlgang gegen Abe verloren hatte, hat seinen Hut erneut in den Ring geworfen. Anders als 2012 geht Abe diesmal als klarer Favorit in das Rennen. Laut Umfragen sind fast 60 % der LDP Wählerschaft für eine Wiederwahl Abes, lediglich 20 % sprachen sich für Ishiba aus (AS 07.08.2018). Auch unter den Parlamentsabgeordneten zeichnet sich ein ähnlicher Trend ab: Generalsekretär Nikai hatte sich bereits früh für eine Wiederwahl Abes stark gemacht. Insgesamt haben, Stand August 2018, vier von sieben LDP-Faktionen (Hosoda, Asō, Kishida, Ishihara) Abe ihre Unterstützung zugesagt. Die Takeshita-Faktion konnte sich nicht auf eine gemeinsame Linie einigen. Die Oberhausabgeordneten entschieden sich dafür, Ishiba zu unterstützen, während die Unterhausabgeordneten für den Premierminister stimmen wollten (AS 09.08.2018).

Wataru Takeshita, der Halbruder des einst mächtigsten Mannes in der LDP, Noboru Takeshita, war erst im März zum Nachfolger von Fukushirō Nukaga als Faktionsvorsitzender ernannt worden. Dieser Ablösung war ein offener Auf-

stand der zu der Faktion gehörenden Oberhausabgeordneten vorausgegangen. Diese verweigerten Nukaga die Gefolgschaft, weil sie ihn für eine lange Durststrecke verantwortlich machten: So hatte es die Faktion, die unter Tanaka und Takeshita die einflussreichste Gruppe innerhalb der LDP war, unter Nukaga nicht geschafft, einen Kandidaten für das Amt des Parteivorsitzenden aufzubauen (YS 15.03.2018).

2.2 Die Partei der Hoffnung und die Demokratische Partei des Volkes

Wie bereits im ersten Abschnitt erwähnt, entstand die Partei der Hoffnung als Zweckehe zwischen Koike und Maehara. Maehara war erst im September zum Parteivorsitzenden der Demokratischen Partei (DP) gewählt worden, welche im März 2016 aus der DPJ hervorgegangen war. Da die Partei allerdings nicht von diversen Regierungsskandalen, angefangen mit Moritomo und Kake, profitieren konnte, entschied sich Maehara zu der Allianz mit der populären Koike. Letztere besaß zwar nach der gewonnenen Parlamentswahl in der Präfektur Tōkyō eine Machtbasis in der Hauptstadt, verfügte aber weder über die finanziellen und organisatorischen Mittel noch die Kandidaten, um die LDP im ganzen Land herauszufordern (AS 03.10.2017; MS 28.09.2017). Da die DP diese Defizite zumindest teilweise abdecken konnte, hatten beide Seiten etwas von der Allianz. Zu Beginn des Wahlkampfes sah es tatsächlich so aus, als könnte der gewagte Plan aufgehen. In Umfragen kurz nach der Gründung der Partei der Hoffnung gaben 19 % der Befragten an, Koikes Partei ihre Zweitstimme zu geben. Zusammen mit der seinerzeit noch immer relativ starken Kritik an der Regierung Abe, betrachtete die Partei ihren Start als hoffnungsvoll (YS 30.09.2017).

Aus der Hoffnung auf einen Machtwechsel wurde allerdings sehr schnell Verzweiflung: Koike erklärte, sie wolle alle Kandidaten, deren (kritische) Haltung in Sachen Verfassung und kollektive Selbstverteidigung nicht mit ihrer Position übereinstimmen, von der Nominierung »ausschließen« (*haijo*) (MS 23.10.2017b, 09.05.2018). Diese Exklusion war explizit gegen den liberalen Flügel der ehemaligen Demokratischen Partei Japans (DPJ) gerichtet, der konservativen Projekten wie der Änderung von Artikel 9 der Verfassung sowie dem Einsatz kollektiver Selbstverteidigung skeptisch gegenüberstand (YS 23.10.2017). Koike wollte wohl sicherstellen, dass »ihre« neue Mitte-Rechts Partei, im Gegensatz zu der DPJ, frei von partei-internen Kontroversen über diese ideologischen Fragen sein würde. Obwohl linke wie rechte Medien seit jeher die ideologische Heterogenität der Oppositionspartei(en) kritisiert hatten, war das Medienecho auf diese Exklusion generell negativ.

Die Spaltung der DP als Folge der Gründung der Partei der Hoffnung hatte u. a. auch zur Folge, dass die wichtigste Unterstützerorganisation, der japanische Gewerkschaftsverband Rengō, zwischen den Stühlen saß, und neben der Partei der Hoffnung, die KDP sowie ehemalige DP-Abgeordnete, die als unabhängige Kandidaten ins Rennen gingen, unterstützen musste.

Diese Probleme schlugen sich auf das Wahlergebnis der Partei der Hoffnung nieder. Von ihren 235 Kandidaten zogen lediglich 50 in das neue Unterhaus ein. Nach der Wahlniederlage kündigte Koike an, sich auf ihre Aufgabe als Gouverneurin von Tōkyō zu konzentrieren. Bei der Wahl zum Parteivorsitzenden setzte sich Yūichirō Tamaki durch. Wie bereits in den Vorgängerorganisationen, entbrannte auch in der neuen Partei schnell ein Richtungsstreit über die Frage der künftigen Strategie: Auf der einen Seite standen rechts-gerichtete Politiker wie Gōshi Hosono oder Shigefumi Matsuzawa, die auf ideologische Homogenität drängten, während ihre Gegenspieler wie Tamaki eine erneute Fusion der Oppositionsparteien anstrebten, um so eine geeinte Anti-LDP-Front aufzubauen (MS 09.05.2018).

Wie bereits in den Fällen von DPJ, JIP und DP in den Jahren zuvor, stellte dieser Konflikt erneut sein enormes Sprengpotential zur Schau: Nur etwas mehr als ein halbes Jahr nach ihrer Gründung brach die Partei der Hoffnung auseinander. 36 Abgeordnete, angeführt von Tamaki, entschieden sich für einen (erneuten) Zusammenschluss mit den alten Kollegen, welche in der DP verblieben waren. Matsuzawa und vier weitere Abgeordnete blieben in der Partei der Hoffnung; Hosono trat keiner der beiden Parteien bei und wurde ein unabhängiger Abgeordneter. 12 weitere Abgeordnete, darunter der ehemalige Premierminister Noda, entschieden sich ebenfalls für diesen Weg (YS 09.05.2018). Weil 10 der 53 Abgeordneten der DP zur KDP überliefen, gelang es der unter dem neuen Namen Demokratische Partei des Volkes (Kokumin Minshutō) wieder fusionierten DP nicht, die KDP als größte Oppositionspartei (im Unterhaus) abzulösen. Die Vorsitzenden der beiden Parteien Tamaki und Kōhei Otsuka stehen der Partei bis zur Wahl eines neuen Vorsitzenden im Herbst als Co-Parteivorsitzende vor (YS 07.05.2018). Der Start des neuesten DP(J)-Nachfolgers hat sich jedoch als schwierig erwiesen. In einer Umfrage Mitte Mai 2018, kam die Partei kurz nach ihrer Gründung lediglich auf 2 % Zustimmung. Zum Vergleich, die KDP kam in der gleichen Umfrage auf eine Zustimmungsquote von 7 % (YS 17.06.2018).

Für die Zukunft der Demokratischen Partei des Volkes jedoch noch problematischer ist der starke Rückgang an Parteimitgliedern und Unterstützern. Vor der Unterhauswahl und der Spaltung im Herbst 2017 zählte die DP 236.131 Mitglieder und Unterstützer. Ende Juli 2018 konnte die neue Demokratische Partei des Volkes lediglich ein Drittel (76.596) davon aufweisen (SN 31.07.2018).

2.3 Die Konstitutionell-Demokratische Partei

Von der Aufspaltung der Opposition hat bisher – abgesehen von den Regierungsparteien – lediglich die KDP profitiert. Diese Tatsache entbehrt nicht einer gewissen Ironie, da es sich bei der Partei ja eben genau um jene Abgeordnete handelt, die von Koike »ausgesondert« worden waren. Parteigründer Edano, der noch im September die Wahl zum Vorsitzenden der DP gegen Maehara verloren hatte, wurde von vielen Seiten für seine Standhaftigkeit gelobt. Er betonte, die Zeit der »zynischen Zahlenspiele« in Nagatachō müsse ein Ende haben (MS 23.10.2017a). Er setzte mit seiner neuen Partei auf ein Wahlprogramm, das Rechtsstaatlichkeit, eine tolerante Gesellschaft, transparente Informationspolitik, ein Mehr an Sozialleistungen sowie einen baldigen Ausstieg aus der Atomenergie versprach (Rikken Minshutō 2017). Viele dieser Versprechen fanden sich bereits in diversen DP-Wahlprogrammen; neu war allerdings Edanos Betonung der Bedeutung des Rechtsstaates und des Kampfes gegen dessen Aushöhlung. In vieler Hinsicht war das relativ kurze KDP-Wahlprogramm in seiner klaren Abgrenzung von und Kritik an der LDP ein Kontrast zu den Vorschlägen der Partei der Hoffnung oder der DPJ, die in vielen Fällen eine »ja, aber«-Position vertraten.

Edano und seinen Mitstreitern gelang es zudem, durch die Nutzung von sozialen Netzwerkdiensten einen effektiven Wahlkampf zu organisieren und direkt Wähler anzusprechen. Letztlich gelang es der KDP, 55 Sitze bei der Unterhauswahl zu gewinnen. Bedenkt man, dass die Partei in der Kürze der Zeit lediglich 78 Kandidaten und Kandidatinnen aufstellen konnte, konnte sich Edano als ein klarer Wahlsieger fühlen.

Wie nachhaltig der Erfolg bei der Unterhauswahl 2017 ist, wird sich allerdings erst noch zeigen. Auf der einen Seite kann die KDP im Vergleich zu den anderen Oppositionsparteien auf relativ stabile und gute Umfragewerte verweisen (YS 17.06.2018). Auch die Zahl der lokalen Abgeordneten konnte von Februar bis April 2018 auf 252 verdoppelt werden. Dabei muss allerdings bedacht werden, dass selbst die seit langem schwächelnde SDP noch immer über mehr 500 lokale Abgeordnete verfügt (MS 04.05.2018). Der Aufbau von Parteistrukturen in den Präfekturen ist somit noch immer eine Herausforderung. So gab es ein halbes Jahr nach der Unterhauswahl in 25 von 47 Präfekturen noch keinerlei Parteiorganisation (AS 26.04.2018).

Mit Blick auf die Regionalwahlen im Frühjahr und die Oberhauswahlen im Sommer 2019 wird sich für die Oppositionsparteien erneut die Frage nach Kooperationen und Fusionen stellen. Vor dem Hintergrund einer zersplitterten Opposition entschied sich der Gewerkschaftsdachverband Rengō, die Entscheidung über die

offizielle Wahlkampfunterstützung einer bestimmten Partei den lokalen Gewerkschaften bzw. den Mitgliedsverbänden zu überlassen. Die wichtigste Unterstützerorganisation der einstigen Demokratischen Partei will vermeiden, dass wie bereits mehrmals in der Vergangenheit mehrere Oppositionskandidaten in den Wahlkreisen gegeneinander antreten (AS 15.05.2018). Ob dies gelingt, bleibt indes abzuwarten, da Edano – wie bereits zuvor erwähnt – bisher keine Bereitschaft gezeigt hat, einer Neuauflage einer »großen« Demokratischen Partei zuzustimmen. Für die Opposition ist somit 2018 erneut »Murmeltiertag«: Wie der in einer Zeitschleife gefangene, von Bill Murray gespielte Protagonist in dem Film »Und täglich grüßt das Murmeltier« (im englischen Original: *Groundhog Day*) läuft für die japanische Opposition seit 2012 bei jeder Wahl ein ähnlich ernüchternder Tag ab. Anders als in dem Film ist in der politischen Realität Japans zumindest zum jetzigen Zeitpunkt kein Happy End für die Protagonisten in Sicht. Auch wenn laut einer Umfrage der *Asahi Shinbun* Anfang August 2018 fast 70 % der Befragten kritisch über die Dominanz der Regierung Abe denken, haben 80 % keinerlei Erwartungen an die Opposition als Gegenwicht zur LDP (AS 07.08.2018). Die Situation der Oppositionsparteien hat sich in dieser Hinsicht auch nach der Teilung der unbeliebten DP nicht wirklich verbessert (Winkler 2017: 25).

3 Kabinett

Nach der gewonnenen Unterhauswahl berief Premierminister Abe alle Minister erneut in sein neues, offiziell viertes Kabinett (AS 02.11.2017). Dies machte durchaus Sinn, da Abe erst im August 2017 eine Kabinettsumbildung vorgenommen hatte (Winkler 2017: 27).

Auch wenn die Sitzungen im Parlament 2018 nach wie vor von Kake und Moritomo überschattet wurden, gelang es der Regierungskoalition dank klarer Mehrheiten in beiden Häusern des Parlaments, 60 von 65 Gesetzesvorhaben zu verabschieden. Darunter waren u. a. eine Reform des Arbeitsrechtes, die Zulassung von sogenannten integrierten Ressorts, unter deren Dach auch Casinos legal werden, sowie eine Wahlrechtsänderung (MS 21.07.2018b). Jede dieser unterdessen verabschiedeten Gesetzesinitiativen war aus diversen Gründen höchst umstritten:

Der Reform des Arbeitsrechtes hatten ursprünglich beide Tarifparteien zugestimmt: Die Arbeitsreform war ein wichtiger Baustein in Abes Wirtschaftspolitik, den sogenannten *Abenomics*. Die Grundideen hinter dem Vorhaben, wie die Deckelung von Überstunden, gleiche Bezahlung für die gleiche Arbeit, egal ob sie von festangestellten oder befristet beschäftigten Mitarbeiter verrichtet wird, waren an

sich kaum umstritten. Kürzere Arbeitszeiten sollten es Frauen und älteren Arbeitnehmern einfacher machen, (weiter) zu arbeiten, Ungleichheiten zwischen Mitarbeitern abbauen und die Produktivität steigern. Arbeitnehmer und Arbeitgeberseite konnten sich jedoch erst nach zähem Ringen darauf einigen, die Zahl der Überstunden pro Monat generell auf 45 (und in Ausnahmefällen auf maximal 100) zu begrenzen. Nebenbei wollte die Regierung allerdings auch ein »Systems für hochqualifizierte (Arbeitnehmer)« einführen. Dies sah für Arbeitnehmer, die in bestimmten Berufsgruppen (z. B. Teilen der Finanzindustrie) beschäftigt sind und über ein Jahreseinkommen von mehr als 10,75 Millionen Yen (etwa 85.000 Euro) verfügen, eine Aufweichung der Arbeitszeitbestimmungen vor. Die Regierung wollte damit der Arbeitgeberseite (also dem Keidanren) entgegenkommen. Kritische Stimmen hingegen warnten, dass dies zu einem Mehr an auf Überarbeitung zurückzuführenden Selbstmorden (*karoshi*) führen könnte (AS 13.07.2018; MS 07.08.2018). Weitere Liberalisierungsmaßnahmen konnte die Regierung nicht verabschieden, nachdem sich herausstellte, dass das Gesundheits- und Arbeitsministerium dem Parlament falsche Statistiken zur Verfügung gestellt hatte und auf deren Basis den Gesetzesentwurf zu rechtfertigen versucht hatte (MS 21.07.2018b).

Eine Änderung des Oberhaus-Wahlrechts sorgte ebenfalls für Kontroversen. Die Regierungskoalition entschied sich, die Zahl der Sitze von bisher 242 auf 248 zu erhöhen. So bekommt der bevölkerungsreiche Wahlkreis Saitama zwei weitere Sitze zugeschlagen (und hat somit acht Sitze). Damit soll die in der Vergangenheit immer wieder vom obersten Gerichtshof angeprangerte ungleiche politische Repräsentation zugunsten bevölkerungsarmer, ländlicher Regionen reduziert werden (Winkler 2015: 41). Die Zahl der via Verhältniswahlrecht vergebenen Sitze wird um vier von derzeit 96 auf 100 erhöht. Anders als das seit 2001 geltende lose gebundene Listenverfahren, nach dem die Wähler mit ihrer Zweitstimme Kandidaten aus der von den Parteien erstellten Liste wählen, können die Parteien die Reihenfolge festlegen. Es handelt sich hierbei also um Sitze, die nach dem starren Listenverfahren vergeben werden (NHK 19.07.2018). Diese Wahlrechtsänderungen sind in vielerlei Hinsicht bemerkenswert und umstritten. Ursprünglich waren die Kandidatenlisten für die 96 nach Verhältniswahlrecht vergebenen Sitze bei den ersten Oberhauswahlen nach der Wahlrechtsreform 1994 starr, doch die LDP entschied sich im Jahre 2000 für eine Änderung hin zum jetzigen System. Die neuesten Änderungen sind somit ein Rückgriff auf dieses, einst von der LDP selbst abgeschaffte, alte System. Kritiker in den Medien und den Oppositionsparteien haben der LDP vorgeworfen, diesen Kunstgriff lediglich deshalb vollzogen zu haben, um Abgeordnete aus ländlichen Regionen zu »retten« (MS 19.07.2018). Nach der wiederholten Kritik an der ungleichen politischen Repräsentation durch den obersten Gerichtshof musste die

Regierungspartei 2015 zähneknirschend die Zusammenlegung der Wahlkreise Tottori und Shimane sowie Tokushima und Kōchi akzeptieren (Winkler 2015: 41–42). Damit würden zwei Sitze in traditionellen LDP-Hochburgen verlorengehen. Kritiker sehen in den vier neuen Sitzen einen Rettungsanker für LPD-Politiker aus diesen Wahlkreisen (MS 19.07.2018). Unabhängig von dieser Beurteilung, steht die Aufstockung der Sitzzahl im Oberhaus im Gegensatz zu einem Trend hin zur Sitzreduzierung. So wurde die Zahl der Sitze im Unterhaus in den letzten drei Jahrzehnten schrittweise von 512 auf 465 reduziert.

Ein weiteres, nicht unumstrittenes Gesetzesvorhaben galt dem Bau integrierter Ressorts inklusive Casinos, Hotels und Konferenzhallen. Das Ende Juli 2018 verabschiedete Gesetz sieht den Bau dieser integrierten Ressorts an maximal drei Standorten vor. Um Spielsucht und potentieller Abhängigkeit vorzubeugen, wird die Benutzung der Casinos für japanische Staatsbürger sowie in Japan lebende Ausländer auf dreimal pro Woche bzw. zehnmal in 28 Tagen limitiert. Der Eintritt soll 6.000 Yen kosten. Während der Premierminister betonte, dass diese Beschränkungen auch im internationalen Vergleich sehr hohe Hürden darstellen würden, kritisierten die Oppositionsparteien, dass auch mit diesen »Vorsichtsmaßnahmen« die Probleme nicht beseitigt seien (MS 21.07.2018a).

4 Skandale

Während die erste Jahreshälfte 2018 von den Kake und Moritomo Affären überschattet wurde, sorgte Ende Juli 2018 die LDP-Abgeordnete Mio Sugita für Schlagzeilen. In einem Artikel warf Sugita sexuellen Minderheiten »mangelnde Produktivität« vor, weil diese »keine Kinder zeugen« könnten. Folglich sei die öffentliche Unterstützung für diese Gruppen »übertrieben«. Daraufhin distanzieren sich LDP-Politiker von Sugitas Aussagen (YS 31.07.2018). Die von der Opposition geforderte Entschuldigung blieb jedoch aus. Die LDP beließ es dabei, Sugita zu verwarnen. Kurz darauf goss ein weiterer LDP-Politiker, der Unterhausabgeordnete Tomu Tanigawa, Öl ins Feuer, als er in einem Interview Homosexualität als »eine Art Hobby« beschrieb (MS 03.08.2018). Kritiker betonten daraufhin die geistige Nähe der Äußerungen zu dem Gedankengut, auf dem das bis 1996 gültige Erbgesundheitsschutzgesetz basierte (MS 01.08.2018). Um die Geburt von »unerwünschten« Kindern zu verhindern, wurden Menschen, die angebliche oder reale Behinderungen aufwiesen, zwangssterilisiert. Die Aufarbeitung dieses dunklen Kapitels der Nachkriegszeit gestaltet sich indes als kompliziert, da bisher lediglich 30 % der 16.500 Betroffenen namentlich identifiziert werden konnten. Eine Arbeitsgruppe der Re-

gierungsparteien forderte vor diesem Hintergrund Hilfe für die Betroffenen, auch wenn keine Akten auffindbar seien (*HS* 10.08.2018).

Die beiden großen Affären des Jahres 2017 sorgten auch 2018 für reichlich Gesprächsstoff im und außerhalb des Parlaments. Eine komplette Aufklärung des Sachverhaltes ist allerdings trotz intensiver Anhörungen noch immer in weiter Ferne.

Die Kake-Affäre wurde im Frühjahr 2018 um eine weitere Episode reicher (siehe auch Winkler 2017: 28–29): In dem Genehmigungsverfahren der veterinärmedizinischen Fakultät an der zur Kake Gakuen-Gruppe gehörenden Naturwissenschaftlichen Universität Okayama tauchten Protokolle von Präfektur- und Stadtverwaltungen auf, welche die Regierungsposition in Frage stellten. Laut den Protokollen hatte der Vorsitzende der Gruppe Kōtarō Kake bei einem Treffen mit Premierminister Abe im Jahre 2015 den Plan über die Fakultätsneugründung erwähnt. Abe sollte diesen Plan seines Freundes zum damaligen Zeitpunkt begrüßt haben (*HS* 26.05.2018). Der Premierminister hatte jedoch stets betont, bis Anfang 2017 von dem Verfahren keine Kenntnis gehabt zu haben. In der Folge entschuldigte sich Kake bei der Präfektur Ehime und der Stadt Imabari dafür, dass ein Angestellter falsche Informationen über das angeblich fiktive Treffen weitergegeben habe und so die Konfusion ausgelöst hätte. Kake selbst argumentierte, er hätte mit dem Premierminister erst nach der offiziellen Bekanntgabe der Zulassung Anfang 2017 über das Thema gesprochen (*YS* 20.06.2018).

Auch die Moritomo-Affäre um die mit starken Preisnachlassen gepaarte Verpachtung von staatlichem Grundbesitz in Ōsaka an das Ehepaar Kagoike, das den Bau einer Grundschule anstrebte (siehe hierzu Winkler 2017: 28), sorgte weiter für Schlagzeilen. So stellte sich heraus, dass die umfangreichen Verhandlungsprotokolle mit Kagoike, die laut dem ehemaligen Abteilungsleiter im Finanzministerium Nobuhisa Sagawa vernichtet worden waren, doch existierten bzw. manipuliert worden waren. Allerdings konnte oder wollte Sagawa bei seiner Anhörung vor dem Parlament nicht überzeugend darlegen, warum diese massive Vertuschungsaktion notwendig geworden war (*MS* 21.07.2018b). Die Dokumente, welche das Finanzministerium im Mai 2018 veröffentlichte, belegten, dass Mitarbeiter im großen Stil als problematisch eingestufte Passagen gelöscht hatten. Die Löschung wurde scheinbar notwendig, nachdem Sagawa im März 2017 vor dem Finanzausschuss des Unterhauses die Existenz von Preisabsprachen sowie politische Einflussnahme mehrmals verneinte. Die Protokolle belegten jedoch, dass sich nicht nur Akie Abe, die Ehefrau des Premierministers, sondern u. a. auch der ehemalige Wirtschaftsminister Hiranuma und der ehemalige Katastrophenschutzminister Kōnoike für Kagoikes Schulprojekt stark gemacht hatten (*MS* 24.05.2018). Obwohl auch eineinhalb Jahre nach

dem Bekanntwerden der Vorwürfe die Skepsis in der Bevölkerung gegenüber der Aufklärungsarbeit der Regierung sehr groß ist, haben die Moritomo- und Kake-Affäre bisher keine spürbaren Konsequenzen für den Premierminister und die LDP gehabt. Sagawa, der nach Bekanntwerden der Vorwürfe noch zum Vorsitzenden der japanischen Steuerbehörde ernannt worden war, war nach den Enthüllungen nicht mehr zu halten und reichte daraufhin im März 2018 seinen Rücktritt ein (YS 10.03.2018).

Während die Moritomo-Affäre weiter schwelte, musste das Finanzministerium mitansehen, wie im April 2018 der nächste Brandherd entstand. Staatssekretär Jun-ichi Fukuda hatte Journalistinnen verbal sexuell belästigt. Nachdem die Boulevardpresse darüber berichtete, bestritt Fukuda zunächst jegliches Fehlverhalten. Finanzminister Tarō Asō sah zunächst keine Veranlassung, Fukuda seines Amtes zu entheben und verlangte vielmehr von den Opfern, sich direkt bei dem Ministerium zu melden. Nach einer Untersuchung bestätigte das Finanzministerium die sexuelle Belästigung und kürzte Fukudas Abfindung (AS 27.04.2018). Dieser hatte bereits zuvor seinen Rücktritt eingereicht.

Auch das Kultusministerium verzeichnete 2018 weitere Skandale, nachdem es bereits im Jahr zuvor nach der systematischen Vermittlung von Universitätsstellen an ehemalige Ministerialbeamten in die Kritik geraten war (Winkler 2017: 29). Im Juli 2018 verhaftete die Staatsanwaltschaft Tōkyō den damaligen Abteilungsleiter Futoshi Sano. Sano wurde beschuldigt, der Medizinischen Universität Tōkyō (Tōkyō Ikadaigaku) staatliche Fördermittel in Aussicht gestellt zu haben, für den Fall, dass die Universität seinen Sohn durch die Aufnahmeprüfung schleusen würde (YS 05.07.2018). Wie sich in der Folge herausstellen sollte, war Sanos Sohn nur die Spitze eines relativ großen Eisberges: Auf Anweisung der Universitätsführung wurden allein 2017 und 2018 die Noten von Sanos Sohn und 18 weiteren Kandidaten unrechtmäßig aufgebessert. Dabei handelte es sich in vielen Fällen um die Kinder von ehemaligen Absolventen. Damit wollte man die Spendenbereitschaft der Vereinigung ehemaliger Absolventen erhöhen. Des Weiteren wurde bekannt, dass die Universität systematisch Bewerberinnen schlechter stellte (YS 07.08.2018).

Vordergründig zeigen diese und andere Skandale in den Ministerien, dass im Kampf gegen Korruption sowie für eine transparente Datenverwaltung wohl noch viele Schlachten geschlagen werden müssen. Aus politikwissenschaftlicher Sicht interessanter ist jedoch eine augenscheinliche Verschiebung des Machtgefüges zwischen Nagatachō und Kasumigaseki, also zwischen Politik und Ministerialbürokratie. Bis in die 1990er Jahre gab es über diese Rollenverteilung eine teils emotionale Debatte in der Japanforschung, in der eine Seite die Eigenständigkeit und Bedeutung der Bürokratie betonte, während die andere die Ministerien primär als Auf-

tragnehmer (*agent*) des Auftraggebers (*principal*) LDP ansah (Johnson 1982; Ramseyer und Rosenbluth 1993). Nach diversen Skandalen in den 1980er und 1990er Jahren wurde die Ministerialbürokratie für Opposition und LDP zu einem praktischen Sündenbock und der Ruf nach »politischer Führung« (*seiji shudō*) lauter. Diese ursprünglich relativ substanzlose Rhetorik sollte 2014 in der Etablierung des Kabinetts-Personalbüros im Premierministerialamt (Naikaku Jinjikyoku) kulminieren. Dieses Büro entscheidet über die Beförderung von Japans ranghöchsten Ministerialbeamten. In der Vergangenheit konnten die Ministerien ihre Personalentscheidungen selbst treffen. Die Zentralisierung gibt der Regierung zum ersten Mal in der Nachkriegszeit die Möglichkeit, direkten Einfluss auf Beförderungen zu nehmen (Oguma 26.04.2018). Erst diese institutionelle Änderung zusammen mit einer gesunkenen Toleranz für andere Betätigungsfelder außerhalb des Ministeriums (Stichwort *amakudari*) hat die Bürokratie augenscheinlich zum Auftragnehmer der politischen Führung gemacht.

5 Wahlen auf lokaler Ebene

Im Zeitraum Ende August 2017 bis August 2018 wurden zehn Präfektur-Gouverneure neu gewählt. In Miyagi, Hiroshima, Nagasaki, Ishikawa, Shiga und Nagano setzten sich die Amtsinhaber klar gegen die politische Konkurrenz durch. In Ibaraki stürzte die Regierungskoalition den langjährigen Gouverneur Masaru Hashimoto. Hashimoto, der eine siebte Amtszeit anstrebte, verlor die Wahl im September 2017 gegen den Kandidaten von LDP und Kōmeitō, Kazuhiko Ōigawa (YS 28.08.2017). In Kyōto und Yamaguchi wurden nach Rücktritten der Amtsinhaber ebenfalls neue Gouverneure ins Amt gewählt. Keine dieser Wahlen war eng mit der politischen Auseinandersetzung in Tōkyō verbunden. In den meisten Fällen, konnten sich die erfolgreichen Kandidaten auf eine breite Koalition von Unterstützerorganisationen verlassen. So wurde z. B. die Wiederwahl von Gouverneur Shuichi Abe in der Präfektur Nagano von fast allen im Parlament vertretenen Parteien mit Ausnahme der KPJ unterstützt (AS 06.08.2018). Lediglich die Wahl in Niigata bildete hier eine Ausnahme. Nach dem plötzlichen Rücktritt von Amtsinhaber Yoneyama kam es dort im Juni 2018 zu einem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen dem von der Regierungskoalition unterstützten ehemaligen Ministerialbeamten und Vize-Gouverneur Hideyo Hanazumi sowie der Oppositionskandidatin Chikako Ikeda, die zuvor Mitglied des Präfektur-Parlaments war. Hanazumi konnte die Wahl letztlich für sich entscheiden. Während die Opposition im Wahlkampf vor allem die Zukunft von Japans größten Atomkraftwerk in Kashiwasaki-Kariwa thematisierte, vermied es

Hanazumi, das Thema Wiederanfahren zu thematisieren. Er äußerte sich vorsichtig und sagte, er wolle die Auswertung des Kraftwerkunfalles in Fukushima 2011 in den kommenden zwei bis drei Jahren genauer untersuchen lassen. Er wolle die Erlaubnis zum Wiederanfahren des letzten verbliebenen TEPCO-Atomkraftwerks allerdings auf keinen Fall gegen den Willen einer Mehrheit der Präfektur-Bevölkerung durchboxen (AS 12.06.2018).

Das auf lokaler Ebene wohl wichtigste Kräftemessen des Jahres 2018 wird jedoch in Okinawa stattfinden. Dort waren eigentlich für November Gouverneurswahlen angesetzt. Nach dem plötzlichen Tod von Amtsinhaber Takeshi Onaga wird die Wahl wohl früher als geplant durchgeführt. Onaga, obwohl ursprünglich selbst ein führendes Mitglied der lokalen LDP, hatte sich in seiner Amtszeit konsequent gegen den Neubau eines US-Marineinfanterie-Stützpunktes in der Bucht von Henoko ausgesprochen und ist daher immer wieder mit der Zentralregierung aneinandergeraten (MS 09.08.2018).

Literatur

- AS (*Asahi Shinbun*) (03.10.2017), »Shūinsen: Minshin Shikin 140-oku En doko he« [Unterhauswahl: Was passiert mit dem Parteivermögen von 1,4 Milliarden Yen der Demokratischen Partei?], S. 28.
- AS (*Asahi Shinbun*) (23.10.2017), »Jikō Taishō, 3 bun no 2, Rikken Yatō Daiitō, Kibō Shissoku« [Klarer Wahlsieg und 2/3 Mehrheit für LDP-Kōmeitō-Koalition, Konstitutionell-Demokratische Partei wird stärkste Oppositionspartei; Partei der Hoffnung geht die Luft aus], S. 1.
- AS (*Asahi Shinbun*) (24.10.2017), »Tokuhyōritsu 48 % → Giseki 75 % Jimin Taishō, Shōsenkyokusei ga atotoshi Shūinsen« [Unterhauswahl: Stimmenanteil von 48 % → 75 % der Sitze klarer Sieg der LDP begünstigt durch Mehrheitswahlrecht], S. 4.
- AS (*Asahi Shinbun*) (31.10.2017), »Kōmei, Jimin to no Kyori ha Gisekigen no Bunseki Honkakuka« [Die Kōmeitō und ihre Distanz zur LDP: Analyse der Sitzverluste läuft auf vollen Touren], S. 4.
- AS (*Asahi Shinbun*) (02.11.2017), »Kaiken Giron Kasoku ni iyoku Daishiji Abe Naikaku Hassoku, Zenkakuryō Sainin« [Wunsch nach Beschleunigung der Debatte um eine Verfassungsänderung; Viertes Abe-Kabinett nimmt Arbeit auf, alles Kabinettsmitglieder wiederernannt], S. 1.
- AS (*Asahi Shinbun*) (26.04.2018), »Rikken Minshu, ›Zenkoku Seitō‹ Michi Nakaba Yatō Daiitō, Shūinsen de Katsuyaku kara [Konstitutionell-Demokratische Partei: Die stärkste Oppositionspartei ist nach dem Erfolg bei der Unterhauswahl auf halbem Wege zu einer landesweiten Partei], S. 4.

- AS (*Asahi Shinbun*) (27.04.2018), »Fukuda Zenjikan Genkyū Shobun he ›Sekuhara atta‹ Zaimushō« [Gehalt von ehemaligem Staatssekretär Fukuda wird zur Bestrafung gekürzt; Finanzministerium: »es gab sexuelle Belästigung«], Abendausgabe, S. 1.
- AS (*Asahi Shinbun*) (15.05.2018), »Saninsen he no Shiji Seitō Rengō meiji miokuri« [Gewerkschaftsdachverband verschiebt Benennung von Parteiunterstützung beim Oberhauswahlkampf], S. 5.
- AS (*Asahi Shinbun*) (12.06.2018), »Saikadō ›Kenmin no Nattoku, hitsuyō‹ Niigata Chiji ni Jikōkei Hanazumi-shi« [LDP Kōmeitō Kandidat Herr Hanazumi wird Gouverneur von Niigata: »Für das Wiederauffahren (des Atomkraftwerkes Kashiwasaki-Kariwa) ist die Überzeugung der Bürger der Präfektur notwendig«], S. 37.
- AS (*Asahi Shinbun*) (13.07.2018), »Hatarakikata Kaikaku Kanren Hōan: Egaku Kōjunkan, Kō Puro de Funkyū« [Gesetzesvorlagen zur Reform des Arbeitens: Erwarteter positiver Zyklus, Komplikationen dank Einführung von System für hochqualifizierte Arbeitnehmer], S. 5.
- AS (*Asahi Shinbun*) (06.08.2018), »Chiji ni Abe-shi 3-sen« [Herr Abe zum dritten Mal zum Gouverneur gewählt], S. 23.
- AS (*Asahi Shinbun*) (07.08.2018), »Tsugi no Jimin Sōsai ni fusawashii no ha Abe-shi 32%, Ishiba-shi 26% Asahi Shimbunsha Yoron Chōsa« [Als nächster LDP-Parteivorsitzender geeignet: 32 % sagen Herr Abe, 26 % Herr Ishiba; Meinungsumfrage der Asahi Shinbun], S. 4.
- AS (*Asahi Shinbun*) (09.08.2018), »Sōsaisen Takeshitaha ha Jishu Tōhyō Ishiba-shi de Ipponka Dannen Kanbura Hōshin Ishihara ha Shushō Shiji no Hōshin« [Wahl des LDP-Präsidenten: Takeshita-Fraktion verwirft volle Unterstützung für Herrn Ishiba, Führungsriege plant freie Wahl; Ishihara Fraktion plant Unterstützung für Premierminister Abe], S. 3.
- HS (*Hokkaidō Shinbun*) (26.05.2018), »15-nen Menkai Hōkoku o uketa Imabari Shichō, Ken Bunsho uratsuke« [›Habe Bericht über Treffen im Jahre 2015 erhalten‹: Bürgermeister von Imabari untermauert Dokument der Präfektur], S. 1.
- HS (*Hokkaidō Shinbun*) (10.08.2018), »Shujutsu Kiroku nakute mo Kyūsai« [Unterstützung auch für den Fall, dass es keine Aufzeichnungen über die Operation gibt], S. 2.
- Johnson, Chalmers (1982), *MITI and the Japanese Miracle: The Growth of Industrial Policy 1925–1975*, Stanford: Stanford University Press.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (26.09.2017), »Close-up 2017: Shushō Kaisan Hyōmei Atotsuke ›Taigi‹ Mujun« [Premierminister verkündet Auflösung des Unterhauses, Widersprüche in nachgeschobener Begründung], S. 3.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (28.09.2017), »Shūinsen 2017: Minshin Kaitō, Gōryū he [Unterhauswahl 2017: Demokratische Partei löst sich auf, wird Teil der Partei der Hoffnung], S. 3.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (23.10.2017a), »Shūinsen 2017: Wareta Seiken Hihanhyō Koike-shi ›Manshin atta‹ Kibōnai kara tsuyoi Hihan« [Unterhauswahl 2017: zersplitterte contra-Regierung Proteststimmen; Koike: »waren eingebildet«; starke Kritik aus der Partei der Hoffnung], S. 2.

- MS (Mainichi Shinbun)* (23.10.2017b), »Close-up 2017: Tekishitsu, Abe 1kyō tsudzuku Kai-kengiron, Kappatsuka« [Close-up 2017: Fehler der Konkurrenz, Abe-Dominanz geht weiter, Verfassungsreformdebatte nimmt Fahrt auf], S. 3.
- MS (Mainichi Shinbun)* (24.10.2017), »Shūinsen 2017: Yatō Kōho Ipponka nara – 84 Senkyoku de Gyakuten Kanōsei [Unterhauswahl 2017: Im Falle einer Festlegung auf einen Oppositionskandidaten: Möglichkeit eines Sieges in 84 Wahlkreisen], S. 16.
- MS (Mainichi Shinbun)* (04.05.2018), »Rikken Minshutō: Chihō Soshiki Kyōka isogu Seiken Kōtai he Ashimoto katame [Konstitutionell-Demokratische Partei beeilt sich, lokale Parteiorganisation zu stärken und das Fundament für einen Regierungswechsel zu festigen], S. 5.
- MS (Mainichi Shinbun)* (09.05.2018), »Kibō no Tō: Jijitsu no Kaitō Rosen ni bure, Inochi tori« [Partei der Hoffnung: de facto Parteiauflösung, unklare Linie wird der Partei zum Verhängnis], S. 5.
- MS (Mainichi Shinbun)* (24.05.2018), »Moritomo Gakuen: Kokuyūchi Baikyaku o meguru Kinki Zaimukyoku Kōshō Kiroku Yōshi« [Moritomo-Schule: Zusammenfassung der Verhandlungsprotokolle des Kinki Finanzbüros um den Verkauf von staatlichem Grundbesitz], S. 9.
- MS (Mainichi Shinbun)* (19.07.2018), »Close-up 2018: Sanin 6-zō Seiritsu Jimin, Rokotsu na Tōri Tōryaku« [Close-up 2018: Erhöhung der Sitze im Oberhaus um sechs beschlossen; LDP-Parteipolitik offensichtlich], S. 3.
- MS (Mainichi Shinbun)* (21.07.2018a), »Kajino-hō: Seiritsu Tsūjō Kokkai ga Jijitsu jō heikai« [Casino-Gesetz beschlossen; Ordentliche Parlamentssitzung de facto beendet], S. 1.
- MS (Mainichi Shinbun)* (21.07.2018b), »Close-up 2018: Seifu Gōin, Kokkai Kakon« [Close-up 2018: Anmaßende Haltung der Regierung als Auslöser der Probleme im Parlament], S. 3.
- MS (Mainichi Shinbun)* (01.08.2018), »Akusesu: Jimin Sugita Giin ›LGBT ha Kodomo tsukuranai‹ ›seisansei‹ de Hito o kataru na Shikishara ›Nachisu to onaji Hassō‹ [Access: LDP Abgeordnete Sugita ›LGBT zeugen keine Kinder‹; man soll nicht über Menschen in einem Atemzug mit ›Produktivität‹ sprechen; Experten: ›gleiches Gedankengut wie Nazis‹], S. 24.
- MS (Mainichi Shinbun)* (03.08.2018), »Jimintō: Seisansei nai, Shumi mitai na Mono Mondai Hatsugen Hikeshi [LDP: Krisenmanagement nach problematischen Äußerungen zu ›mangelnder Produktivität‹ oder ›wie ein Hobby‹], S. 27.
- MS (Mainichi Shinbun)* (07.08.2018), »Tanaage no Mondaigun: Tenken Tsūjō Kokkai/4« [Analyse der aufgeschobenen Probleme; Ordentliche Parlamentssitzung/4], S. 5.
- MS (Mainichi Shinbun)* (09.08.2018), »Fuhō: Onaga Takeshisan 67-sai = Okinawa Kenchiji [Nachruf auf Herrn Takeshi Onaga, 67 Jahre alt, Gouverneur der Präfektur Okinawa], S. 1.

- NHK (*Nippon Hōsō Kyōkai*) (19.07.2018), »Sanin Teisū 6-zō Hirei Tokuteiwaku Dōnyū Senkyo Seido Kaikaku ha« [Wahlrechtsreform: Erhöhung der Sitze im Oberhaus um sechs, Einführung eines Partei-Kontingents im Mehrheitswahlrecht], <http://www.nhk.or.jp/kai-setsu-blog/100/301931.html>.
- Oguma, Eiji (26.04.2018), »Seiji to Kanryō Tōmei na Jinji he, Shinsa Kikan o Rekishi Shakai-gakusha Oguma Eiji« [Politik und Bürokratie: Hin zu transparenten Personalentscheidungen, Einsetzung eines Kontrollgremiums gefordert: Sozialhistoriker Eiji Oguma], *Asahi Shinbun*, Morgenausgabe, S. 17.
- Ramseyer, Mark und Frances Rosenbluth (1993), *Japan's Political Marketplace*, Cambridge: Harvard University Press.
- Rikken Minshutō (2017), *Rikken Minshutō Kokumin to no Yakusoku* [Konstitutionell-Demokratische Partei Wahlversprechen an die Bürger], <https://cdp-japan.jp/about-cdp/yakusoku> (02.08.2018).
- SN (*Sankei News*) (31.07.2018), »Minshintō → Kokumin Minshutō de Tōin: Sapōtaa ga 7-wari gen« [Nach Wandel von Demokratischer Partei zu Demokratischer Partei des Volkes: Rückgang von Parteimitgliedern und Unterstützern um 70 %].
- Winkler, Christian G. (2015), »Japans Innenpolitik 2014/2015«, in: David Chiavacci und Iris Wieczorek (Hg.), *Japan 2015: Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, München: Iudicium, S. 23–40.
- Winkler, Christian G. (2017), »Japans Innenpolitik 2016/2017«, in: David Chiavacci und Iris Wieczorek (Hg.), *Japan 2017: Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, München: Iudicium, S. 25–45.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (28.08.2017), »Ibaraki Chiji ni Jikō Suisen Shinjin Ōigawa-shi [Neuling Herr Ōigawa mit Unterstützung von LDP und Kōmeitō zum Gouverneur von Ibaraki gewählt], S. 1.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (30.09.2017), »Kibō Kitai ga senkō Kōhosha Yōritsu Haran mo Honsha Yoron Chōsa« [Partei der Hoffnung: Vorauseilende Erwartungen; komplizierte Aufstellung von Kandidaten: Yomiuri Meinungsumfrage]. S. 3
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (18.09.2017), »Shiji Kaifuku Kaisan Kestudan Yatō Junbi busoku« [Entscheidung zur Auflösung des Unterhauses dank wieder steigender Zustimmung; mangelnde Vorbereitung der Oppositionsparteien], S. 3.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (23.10.2017), »Shūinsen: Mutōha Tōhyōsaki ga Bunsan Deguchi Chōsa« [Unterhauswahl: Nachwahlbefragungen zeigen weit verstreute parteilose Wählerstimmen], S. 4.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (24.10.2017), »Hosoru Ishin Hashimoto-shi Intai Hasshinryoku yowaku Kibō to Renkei Hihan no Koe mo« [Der geschrumpfte Ishin: Sprachgewalt nach Rücktritt Hashimotos eingebüßt, kritische Stimmen auch wegen Kooperation mit Partei der Hoffnung], Ōsaka Morgenausgabe, S. 39.

- YS (*Yomiuri Shinbun*) (10.03.2018), »Moritomo Mondai Sagawashi Tōben o hansei Chōkan Jinin Kisha Shitsumon ni tantan« [Moritomo-Problem: Herr Sagawa spricht sein Bedauern über seine Stellungnahme vor dem Parlament aus, erklärt Rücktritt als Vorsitzender der Steuerbehörde; antwortet auf Reporterfragen emotionslos], S. 39.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (15.03.2018), »Nukagashi Kaichō Tainin Hyōmei ›Takeshita-ha‹ raigetsu ni mo Hassoku« [Herr Nukaga erklärt Rücktritt vom Faktionsvorsitz; bereits nächsten Monat Start der ›Takeshita-Faktion‹], S. 4.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (07.05.2018), »Jikan Kōho Taiho ni Shōgeki Monkashō Kanbu Yakusho no Kiki« [Schock nach Festnahme von Anwärter auf den Posten des Staatssekretärs; Führender Mitarbeiter des Kultusministeriums: »unsere Behörde befindet sich in einer Krise«], Ōsaka Morgenausgabe, S. 33.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (09.05.2018), »Kokumin Minshutō Hataage 60-nin Teido Okada, Nodashira Fusanka« [Start der Demokratischen Partei des Volkes mit circa 60 Abgeordneten; Herr Okada, Herr Noda u. a. treten nicht bei], Abendausgabe Tōkyō, S. 1.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (17.06.2018), »Rikken Saninsen Yōritsu he Chakuchaku Takai Shiji Yatō Kyōtō Shudō nerau« [Konstitutionell-Demokratische Partei arbeitet stetig an Nominierungen für die Oberhauswahl; zielt dank hoher Umfragewerte auf Führungsrolle in der Kooperation zwischen den Oppositionsparteien], S. 4.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (20.06.2018), »Aimaisa nokoru Kaiken Kake Rijichō, Shushō to Menkai Hitei: Okayama« [Okayama: Pressekonferenz mit Nachgeschmack; Aufsichtsratsvorsitzender Kake leugnet Treffen mit Premierminister], Ōsaka Morgenausgabe, S. 29.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (31.07.2018), »LGBT ›Seisansei nai‹ Jimin Sugitashi Gekkanshi ni Kikō Hihan Tasū« [Frau Sugita von der LDP nennt LGBT in einem Beitrag zu einer Zeitschrift ›unproduktiv‹: Kritik von vielen Seiten].
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (07.08.2018), »Tōkyō Idai: Uraguchi ›Kifu Fuyasu tame‹ Zenrijichō, Shiji mitomeru« [Medizinische Universität Tōkyō: Hintereingang »um Spendenaufkommen zu erhöhen«, ehemaliger Aufsichtsratsvorsitzender gibt Anordnung zu], Abendausgabe, S. 1.